Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 50 ₰, ¼jährl. 1.50 ℳ pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezieh bar, kostet monatlich 10 ₰, ¼jährlich 30 ₰.

Volksblatt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Wohnungs-, Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags ½10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 7057.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 16, Eingang Böldergasse.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Halleſaale. Motto: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 12. Mittwoch den 15. Januar 1896. 7. Jahrg.

Wozu der Lärm?

Die neuesten Vorgänge in Transvaal haben die allgemeine Aufmerksamkeit Europas wieder einmal auf die moderne Art der Kolonialpolitik gelenkt. Der verunglückte Räuberzug des Dr. Jameson, der, bei den Boeren des Transvaal an die unrechten gekommen, sehr prompt die reichlich verdienten Hiebe erhalten hat und nur infolge der diplomatisch sehr fein berechneten milden Rücksichtnahme des Präsidenten von Transvaal dem Strick oder dem Erschießen entgangen ist, dieses echte Flibustier-Abenteuer hat — abgesehen von der englischen Geldjäckspresse — überall die hellste Empörung und Entrüstung hervorgerufen. Man protestiert gegen die Verletzung des Völkerrechts und stellt diplomatische Konferenzen der europäischen Mächte in Aussicht, falls Großbritannien die Transvaal-Republik in ihren Rechten zu beschränken versuchen sollte. Die Holländische Südafrikanische Vereinigung hat sogar beschlossen, an die hervorragendsten Blätter in England eine an das englische Volk gerichtete Adresse zu senden. Nach Ausdrücken des Unwillens des niederländischen Volkes über den Einfall Jamesons in die Südafrikanische Republik richtet die Adresse einen Appell an das englische Volk, die Autonomie (das Recht der Selbstregierung) einer schwächeren Nation zu achten, die bewiesen habe, daß sie genügend Kräfte und den festen Willen besitze, um die Fragen im Innern zu regeln. Eine strenge Aufrechterhaltung der Rechte und der Moral könne allein das erschütterte Vertrauen wieder herstellen und die Entwickelung Transvaals sichern.

Wer kühlen Verstandes und mit klarem Blick die bisherige Kolonialpolitik der Staaten verfolgt hat, der muß sich unwillkürlich fragen: Woher denn plötzlich diese ungeheuere Entrüstung? Wir wollen damit nicht sagen, daß sie nicht berechtigt sei, im Gegenteil. Aber was heute so allgemein verdammt wird, das zu verdammen, hatte man seither schon Gelegenheit genug. Aber nur selten hat sich ein solches Verdammungsurteil hören lassen; nur streng demokratische Blätter haben stets die Achtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker — auch der wilden — betont und die moderne Kolonialpolitik verworfen.

Niemals ist die Kolonialpolitik der einzelnen Staaten, wie sie auch alle heißen mögen, die sich in der Bedrückung und Aufsaugung überseeischer Länder nach einander abgelöst haben, etwas anderes gewesen als ein scheußliches System von Raub und Plünderung, das unter der entsetzlichsten Mißachtung von Menschenwohl und Menschenleben betrieben wurde. Und nach zwei Seiten wurde es geübt. Einmal raubte und plünderte man die Eingeborenen aus, andererseits suchten die „kolonisierenden" Staaten sich gegenseitig den Raub abzujagen. Die ungefähre Reihenfolge, in der die einzelnen Nationen die koloniale Vormacht erlangten — Spanier, Portugiesen, Holländer, Franzosen und Engländer — giebt nur die Reihenfolge an, in welcher der erfolgreiche Räuber von einem anderen Räuber beraubt wurde. Die frommen Christen jener Zeiten, welche genau so wie heute noch die Bekehrung der „Heiden" zum Christentum als Vorwand für ihre Raubzüge nahmen, gönnten einander nicht den Ruhm der Heidenbekehrung und jagten einander die Beweise für ihren thätigen Glaubenseifer, die Schätze, die der Himmel seinen Bekennern schon hienieden schenkte, ab.

Die wirkliche Kolonisation, die Kultivierung der Länder, in welche sie eindrangen, ist nie ihr Zweck gewesen, sondern nur die möglichst schnelle Auspressung großer Reichtümer aus den besiegten Naturvölkern. Die unerhörten Greuelthaten der Spanier in Mexiko, in Peru und den Antillen, der Holländer in Indien und der Engländer in Indien und Nordamerika sind wahre Schanddenkmäler dieser Kolonialpolitik. Der Raub war ein legales Geschäft, an dem sich die „angesehensten" Personen des „Mutterlandes" beteiligten. Unermeßliche Schätze strömten in das „Mutterland", aber Mord und Plünderung waren die Mittel, durch welche sie erbeutet wurden. In zügellosester Goldgier ward eine ganze alte Kultur der unterjochten Völker vernichtet, diese selbst in Sklaverei und Knechtschaft gezwungen, und als sich ihre Natur zu wenig widerstandsfähig für diesen Sklavendienst erwies, da ging man nach Afrika, auf die Neger Jagd zu machen, um sie als Sklaven in die neue Welt zu schleppen.

Um das, was damals in den überseeischen Ländern geschah, um die unerhörten Grausamkeiten, die an den Eingeborenen jener Länder verübt wurden, kümmerte sich in Europa niemand. Der Stärkere hatte nach den Anschauungen jener Zeiten stets recht. Auch daheim galt ja der gleiche Grundsatz und die Fürsten, wenn sie Geld genug für ein aus allerlei Gesindel zusammengesetztes großes Söldnerheer hatten und damit die nötige Macht, fielen nach Belieben über einander, d. h. über ihre Völker her, sengten, brannten und mordeten nach Herzenslust und das unterliegende „Volk" mußte sich die unerhörtesten Brandschatzungen gefallen lassen, um den Säckel des Siegers neu zu füllen. Nach einem Recht der Völker fragte dabei niemand.

Aber allgemach nahm der Verkehr von Staat zu Staat, wenigstens in Europa, etwas zivilisiertere Formen an. Auch die Grundsätze, nach welchen die Staaten den Handelsverkehr untereinander regelten, wurden andere; das allgemeine Rechtsbewußtsein erstarkte und erzwang allmählich gesittetere Verkehrsformen und zog für die Ausübung des Rechtes der Stärkeren gewisse Grenzen und stellte gewisse Normen auf über die Anwendung bestimmter Mittel zur Erlangung von Ansprüchen. Es entstand das „Völkerrecht", über dessen Innehaltung die Staaten gemeinsam wachen, und dessen Bestimmungen sich zum Teil sogar auf das Verhalten im Kriege erstrecken, ohne freilich in solchem besondere Beachtung zu erfahren, selbst bei Kriegen unter „zivilisierten Nationen", ganz abgesehen von Kolonialkriegen.

Hier wird auch heute noch oft genug mit einer unmenschlichen Grausamkeit verfahren. Für die Wilden und ihnen gegenüber gilt das Völkerrecht vielfach nicht. Wenn das in einer längeren Periode nicht so scharf hervorgetreten ist, so hat das seine Ursache darin, daß die Welt so ziemlich „vergeben" war. Die kapitalistischen Staaten Europas hatten sich in den überseeischen Ländern, zum Teil unter gegenseitiger Verständigung, häuslich eingerichtet und besorgten die Auspowerung ihrer Kolonialländer und Völker in aller Gemütsruhe nach festem System. Der Kapitalismus hatte einen hohen Grad der Entwicklung und damit der Prosperität erreicht und da er sich nicht gern in unnötige Unkosten stürzt, suchte er in Ruhe die Früchte früheren Raubes zu genießen. Aber es ist nun einmal das unvermeidliche Geschick des Kapitalismus, sich selbst in seiner Existenzmöglichkeit aufzuheben. Er trug sein System der Ausbeutung und des Vorwärtsdrängens der Produktion in die Kolonialländer selbst. Nordamerika und Indien, Australien und Japan wurden nacheinander mehr und mehr selbständig. Schleppte man einerseits die Naturschätze dieser Länder nach der Heimat, so wollte man andererseits auch die Produkte der heimischen Industrie in jenen Ländern absetzen. Je gründlicher die ursprüngliche Aussaugung der Länder betrieben war, desto stärker machte sich das Bedürfnis geltend, auf dem Wege des regelrechten Handelsverkehrs neue Reichtümer zu erobern. Je mehr aber in den vorgeschrittenen Kolonialländern sich eine selbständige Industrie entwickelte, desto mehr schränkte sich nicht nur der Absatz der europäischen Industrie dorthin ein, sondern diese hatte schließlich auch mit der Konkurrenz derselben auf dem eigenen heimischen Markte zu rechnen.

Der Grad der Ausbeutung hat in den vom Kapitalismus beherrschten Ländern aber längst einen solchen Höhestand erreicht, daß es in diesen unter dem herrschenden Wirtschaftssystem zu einer baren Unmöglichkeit geworden ist, die ständig steigende Masse erzeugter Produkte im eigenen Lande abzusetzen. Die Warenausfuhr nach überseeischen Ländern ist für die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems unentbehrlich geworden.

Daher das erneute Aufleben des Bedürfnisses nach Anlegung der Kolonien, das Wettlaufen der Staaten und einzelner Kapitalsgesellschaften, sich die letzten Reste noch nicht unter europäischen Joch stehenden Landes anzueignen. Darum das Flaggenhissen und die Proklamation von „Schutzherrschaften". Darum das Aufteilen des schwarzen Erdteils mit gelben, roten und blauen Strichen — auf der Landkarte, wobei Landstriche von den einzelnen Staaten genommen bezw. ihnen „zuerkannt" wurden, wohin noch niemals ein Europäer seinen Fuß gesetzt hat.

Bei der später folgenden Aneignung der auf der Landkarte bereits vergebenen Länder ist dann in den meisten Fällen mit nicht viel weniger Rücksichtslosigkeit und Grausamkeit verfahren worden und wird noch täglich verfahren, als früher. Ein Stück dieser modernen Kolonialbarbarei ist ja erst in den letzten Tagen im Wehlan-Prozeß enthüllt worden, nachdem die nicht wenigen entsetzlichen Enthüllungen des Leist-Prozesses vorausgegangen waren. Und keineswegs bilden die deutschen Kolonien eine Ausnahme. Auch in den anderen geht es nicht besser her.

Ueberall wird in gleicher Weise das Recht der eingeborenen Bevölkerung mit Füßen getreten; sie wird aus ihrem rechtmäßigen Besitz verdrängt und die Scholle,

---

89]

Germinal.

Sozialer Roman von Emil Zola.

[Nachdruck verboten.]

Noch dreiundvierzig! Katharine antwortete endlich auf Chaval's wiederholten Ruf mit lallender Stimme, es fehle ihr nichts: er hätte sie wieder geschimpft, wenn sie ihm eingestanden, wie matt sie sich fühle. Das lautige Eisen der Sprossen mußte ihr die Fersen aufgebrochen haben; sie hatte die Empfindung, als säge man ihr die Fußhöhlen bis auf die Knochen entzwei. Jeden Augenblick fürchtete sie, ihre steif und unempfindlich gewordenen Finger möchten versagen und sie würde rücklings hinabstürzen. Doch am meisten litt sie von der Steilheit der Leitern, welche sie zwang, den Leib eng an die Sprossen zu lehnen und sich förmlich hinaufzuziehen.

Das Atmen der Kletternden übertönte jetzt das Geräusch der Füße. Wie ein immenses Röcheln stöhnte es empor, bis es oben verhallte. Man vernahm einen Schrei: Ein Junge hatte sich an einem großen Splitter den Kopf verwundet.

Und Katharina kletterte weiter. Jetzt fiel kein Wasser mehr herab, aber die dicke, feuchte Kellerluft, die nach altem Eisen und nassem Holze roch, benahm den Atem. Sie zählte mechanisch: einundachtzig, zweiundachtzig, dreiundachtzig — noch neunzehn! Unmöglich konnte sie es aushalten! Diese Zahlen aber, welche sie in rythmischem Tonfall herlagte, waren das Einzige, was sie noch aufrecht erhielt, denn sie hatte kein Bewußtsein ihrer Bewegungen mehr: sie bog die Gelenke, ohne es zu wollen und zu wissen, wie in einem schmerzhaften Somnambulismus. Die Lampen begannen sich vor ihren Augen wie eine zitternde Spirale zu drehen; ihr war, als müsse sie sterben; ein Nichts, ein Hauch hätte sie hinabgeworfen. Dabei drängte jetzt alles: ungeduldig, endlich das Licht zu sehen, schob einer den andern. Die ersten waren schon oben angelangt, es war also keine Leiter gebrochen; aber die Idee, die Fahrten möchten vielleicht jetzt noch zerstört und die unteren verhindert werden, sich ebenfalls hinaus zu retten, regte sie vollends auf. Sie waren wie närrisch, und als wieder ein Stillstand eintrat, fluchte und schrie alles und zwängte sich mit Knieen und Ellenbogen stoßend, einer über und neben dem andern gewaltsam vorwärts.

Katharine stürzte. Sie hatte in letzter, verzweifelter Angst den Namen ihres Geliebten gerufen, aber Chaval hörte nicht; er rang mit einem Kameraden, dem er vorkommen wollte. Sie rollte hinab bis auf den Treppenabsatz, und die andern kletterten über sie hinweg. In ihrer Ohnmacht träumte sie, sie sei eins von den kleinen Mädchen, von denen Bonnemort erzählt hatte, ein großes Stück Kohle sei auf sie gefallen und habe sie in den Schacht hinab geschleudert.

Nur fünf Leitern blieben noch zu ersteigen, man hatte fast eine Stunde verbraucht. Niemals erfuhr Kätchchen, wie sie hinaufgekommen. Kameraden hatten sie getragen vermutlich.

Plötzlich befand sie sich im blendenden Sonnenlichte, inmitten einer heulenden und tobenden Menge, welche sie mit Verwünschungen empfing.

Drittes Kapitel.

Seit den ersten Morgenstunden war es unruhig und aufgeregt in allen Arbeiterviertelen hergegangen. Aber der Aufbruch nach Jean Bart mußte verschoben werden, denn es war bekannt geworden, daß Dragoner und Gendarmen durch die Straßen zogen. Dieselben seien in der Nacht von Donai beordert worden, erzählte man, und die öffentliche Meinung klagte Rasseneur an, er habe Verrat an seinen Kameraden geübt und Herrn Hennebeau unterrichtet; ein Grubenmädchen schwor sogar, daß sie des Direktors Diener gesehen, wie er eine Depesche zum Telegraphenamt getragen. Die Arbeiter ballten die Fäuste und wurteten, hinter den Jalousien versteckt, auf die bewaffnete Macht, während der Tag sich dämmernd erhob.

Erst um halb acht Uhr, als schon die Sonne aufgegangen war, erfuhr man, daß es nichts sei; der Präfekt von Lille hatte, wie schon mehrmals seit Ausbruch der Streiks, eine militärische Ronde beordert. Die Arbeiter hofften diesen Bronten, dem sie vorwarfen, daß er sie mit dem Versprechen, zwischen ihnen und der Regie vermittelnd einwirken zu wollen, getäuscht habe, während er in Wirklichkeit nichts für sie thue. Die Dragoner und Gendarmen ritten durch die Kolonien; die harte Erde hallte unter den Hufen ihrer Pferde. Und die Grubenleute riefen sich in's Fäustchen und lachten den Präfekten aus, der gerade, wenn's anfängt, losgehen, seine Soldaten heimkommen läßt. Bis neun Uhr blieben die Arbeiter ruhig; manche traten vor ihre Häuser und blickten den letzten Reitern nach. Die Einwohner von Montsou schliefen noch um diese Stunde. Vor der Direktionsvilla war Frau Hennebeau eben in ihrem Landauer aufgebrochen, um Cäcilien abzuholen, während ihr Mann in seinem Zimmer arbeitete. Keine Grube war militärisch bewacht. Wie so oft in Augenblicken größter Gefahr die ärgsten Fehler gemacht werden, beging die Behörde auch hier eine jener Unvorsichtigkeiten, die fast allen Katastrophen vorangehen. Punkt neun Uhr brachen die Kohlenmänner zum gestern bestimmten Rendezvous, im Walde von Vandame auf, wo schon ungefähr hundert Männer, die bereits vor Tagesgrauen die Dörfer verlassen Latten, sie erwarteten.

Aber Stephan sah bald, daß er nicht auf die dreitausend Teilnehmer der Versammlung des Vorabends werde rechnen können; denn viele glaubten die Sache verschoben. Dessen ungeachtet meinte er, sich an die Spitze Derer stellen zu müssen, die sich eingefunden hatten, denn es fehlte an Zeit, einen anderen Tag zu bestimmen und er fürchtete, daß die Kameraden ohne seine Führung die gemeinsame Sache kompromittieren möchten.

Er suchte Souvarine in seinem Zimmer auf, um dessen Rat zu erbitten. Der Russe antwortete, zehn entschlossene Männer vermöchten oft mehr als ein ganzer Haufe; dann setzte er seine unterbrochene Lektüre fort, indem er sich weigerte, an der Manifestation teil zu nehmen: Das sei wieder was Rechtes! Das Einfachste wäre gewesen, ganz Montsou in Brand zu stecken. Uebrigens versprach er nachzukommen, wenn es ernst werde. Als Stephan die Treppe des Wirtshauses hinabstieg, gewahrte er Rasseneur, der sehr bleich vor dem Kamine saß, während seine Frau in ihrem ewigen schwarzen Seidenkleide ihn mit beißend ironischer Rede zurechtwies.

Mahen war der Meinung, man solle sein Wort halten, die Sache sei versprochen und das genüge. Doch die Nacht hatte auch ihm das Feuer der Begeisterung abgekühlt und er erklärte, man müsse hauptsächlich deshalb nach Jean Bart gehen, um die Kameraden von Uebergriffen abhalten zu können. Die Maheude nickte. Stephan sagte, nur revolutionär dürfe vorgegangen werden, doch ohne Blutvergießen. Bevor sie aufbrachen, trank er rasch hintereinander drei Gläschen, nahm auch eine Feldflasche davon mit, sich gegen die Kälte zu schützen; doch das Brot, welches man ihnen ebenfalls gegeben, und wovon ihm die Maheude seinen Teil anbot, wies er zurück, um es den Kindern zu lassen. Alzire mußte bei den Kindern bleiben. Der alte Bonnemort, welcher in der vorigen Nacht zu viel marschiert war, lag krank und gelähmt im Bette.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262189601 15-10/fragment/page=0001

auf der jene geboren, wird von den Europäern okkupiert und die Bevölkerung zwangsweise Frohndiensten unterworfen.

Daß der jetzige Einfall in Transvaal ein so großes Aufsehen gemacht hat, liegt darin, daß es sich dabei um einen schon einigermaßen nach europäischen Begriffen organisierten Staat handelt, der gezeigt hat, daß er nicht mit sich spielen läßt. Das Verbrechen Jamesons bezw. seiner Auftraggeber von der Chartered Company liegt in dem Irrtum, daß sie glaubten, die Boeren gleich den Wilden traktieren zu können. Und wer weiß, wenn der saubere Plan gelungen wäre, ob dann nicht auch der Erfolg den Raubzug „gerecht fertigt" hätte.

Vom Standpunkte des Rechts und der Humanität darf aber kein Unterschied gemacht werden zwischen Angriffen auf zivilisierte oder auf wilde Völker und Stämme. Der Schutz des Völkerrechts gegen räuberischen Ueberfall, Verjagung oder Knechtung, soll den Wilden ebenso zu teil werden, wie den zivilisierten Nationen. In der schutzlosen Wilde, der nicht über die Waffen der Zivilisation verfügt, hat ein größeres Recht auf diesen Schutz. Das Land, in dem Tausende oder Millionen Eingeborener leben, ist nicht herrenlos und darf nicht beliebiges Objekt für die Raubgelüste europäischer Staaten und Kapitalisten werden. So verlangt es die Menschlichkeit. Diese hat freilich leider in den politischen und wirtschaftlichen Interessenkämpfen noch nie eine erhebliche Rolle gespielt. Das läßt die Raubnatur des Kapitalismus nicht zu.

Aber das Gewissen der Völker ist heute empfindlicher als früher. Und wenn auch nicht zu hoffen ist, daß die Aufregung, welche der Einfall in Transvaal hervorgerufen hat, Anlaß werde, daß die Grundsätze des Völkerrechts in der Kolonialpolitik zur Geltung kommen, so wird das weit verbreitete Gefühl des ungeheuren Unrechts, das auf diesem Gebiet verschuldet ist, doch für die Zukunft nützlich werden, indem es zur Verbreitung der Erkenntnis beträgt, daß das Unrecht erst fallen wird, wenn der Kapitalismus fällt. Erst der Sozialismus wird in friedlicher Weise die Kultur über den ganzen Erdball verbreiten, indem er auch die Rechte der Wilden achtet, wie er dem Recht der Arbeit Achtung verschaffen wird.

Deutscher Reichstag.

14. Sitzung vom 13. Januar, 1 Uhr

Bei Anwesenheit von 17 Abgeordneten wird die erste Beratung über das **Margarine-Gesetz** fortgesetzt.

Abg. **Weiß** (freis. Volksp.) hält den Agrariern vor, daß sie nicht nur die betrügerische Konkurrenz beseitigen, sondern überhaupt der ganzen Margarineindustrie den Garaus machen wollen. Die Vorlage sei eins der kleinen Mittel, mit denen die Regierung um die Gunst der Agrarier werbe. Redner kritisiert abfällig die Vorschläge Dr. Bachems, betreffend Besteuerung der Margarinefabrikation und Färbung der Margarine zu dem Zwecke, den Konsumenten das Produkt zu verekeln. Gerade in Krefeld seien die Verhältnisse der Arbeiter, wie aus dem Handelskamm ebenso hervorginge, durchaus nicht so günstig, daß die Arbeiter den Genuß von Margarine entbehren können. Die von Bachem vorgeschlagene Steuer charakterisiere sich als eine Art von Strafgeld. Unter Berufung auf die bekannte Broschüre von Prof. Sorhlet wies Abg. Weiß nach, daß nicht die Margarine an dem Sinken der Butterpreise schuld sei, sondern die Ueberproduktion von Butter, und daß gerade die feineren Buttersorten, mit denen die Margarine überhaupt nicht konkurrieren könne, am meisten im Preise zurückgegangen seien. Dadurch, daß Milch und Rindertalg zur Herstellung der Margarine verwendet würden, nütze dieser Fabrikationszweig der Landwirtschaft. Redner führte auch an, daß die gegen die Sorhletsche Broschüre verfaßte Denkschrift von dem bekannten Reichsanwalt Eichenbach herrühre. Auf Einzelheiten des Entwurfs eingehend, bekämpfte Abg. Weiß insbesondere die ausgedehnte polizeiliche Ueberwachung der Margarineindustrie. Für strenge Durchführung des Nahrungsmittelgesetzes und Schutz des Publikums gegen Uebervorteilung sei die Freisinnige Volkspartei durchaus zu haben, aber einseitigen agrarischen Interessen gegenüber vertrete sie den Standpunkt des Gemeinwohls.

Landwirtschaftsminister Frhr. **v. Hammerstein** bekundet großes Entgegenkommen gegenüber den weitgehenden agrarischen Vorschlägen. Er erklärte sich zwar gegen den Vorschlag einer Besteuerung der inländischen zur Margarinefabrikation benutzten Produkte, fügte aber hinzu, es würde sich vielleicht darüber reden lassen, ob man nicht die ausländischen Produkte (gemeint ist Oleomargarine) mit einem höheren Zollsatz belegen könne. Ebenso sprach sich der Landwirtschaftsminister persönlich für das Verbot der Herstellung von Margarinekäse aus.

Abg. **Höffel** (freikons.) ist für die Vorlage. Bei scharfer Kontrolle sei die Margarine ein empfehlenswertes Produkt.

Abg. **Harm** (soz.). Das Gesetz ist nur eingebracht worden, weil die Hoffnungen, die die Herren Agrarier auf das Gesetz von 1887 gesetzt haben, nicht in Erfüllung gegangen sind. Ich gebe zu, daß vielfach schlechte Margarine fabriziert wird. Aber auch bei der Butter kommen ja genug Verunreinigungen vor, und wenn man dies auf gesetzlichem Wege bessern will, so habe ich nichts dagegen einzuwenden. Wenn der Abg. Bachem sich darüber beschwert, daß so viele Arbeiter in die Stadt ziehen, so darf er nicht vergessen, daß hieran die technischen Fortschritte schuld sind; vor Jahren hörte man noch in jeder Scheune den Dreschflegel klappern; heute ist das nicht mehr der Fall. Es ist falsch, daß allgemein gesundheitsschädliche Stoffe zur Margarine verwandt werden, dafür bürgt schon die strenge Kontrolle in allen Schlachthäusern; die Verfälschungen, die trotzdem vorkommen, sind bereits heute mit dem Nahrungsmittelgesetz zu fassen. Den in der Vorlage vorgesehenen Strafbestimmungen sich könnten wir schon bestimmen, aber es geht doch zu weit, daß die Lokalitäten jederzeit, so bei des Nachts, visitiert werden dürfen. Ich freue mich, daß die Regierung mit der Färbung der Margarine nicht einverstanden ist, weil dadurch der Konsum vermindert wird. Wir Vertreter des Volkes sind doch nicht dazu da, um für die Interessen weniger Leute einzutreten, sondern um die Lage des Volkes zu erleichtern. Warum wollen Sie in dieser frevolen Weise gerade dem Arbeiterstand das anthun? Man sollte einmal Herrn Bachem dazu verurteilen, das ganze Jahr hindurch rotarote Margarine zu essen; dann würde er bald von seinem Vorschlag zu kickommen. (Heiterkeit.) Wenn es richtig ist, daß der Margarineläse im Geschmack und Ansehen dem Magerkäse täuschend ähnlich nachgemacht werden kann, so sollte man ihn auch als Margarinekäse bezeichnen. Der vorige Reichskanzler sagte einmal, alle Gesetze müßten daraufhin geprüft werden, welche Wirkung sie auf die Sozialdemokratie üben. Haben Sie diese Prüfung auch bei diesem Gesetze vorgenommen? Hier wollen Sie wieder die Nahrungsmittel des armen Volkes verteuern zu gunsten einer kleinen Minderheit. Sorgen Sie dafür, daß die Fälschungen vermieden werden, vermehren Sie aber nicht die Unzufriedenheit weiter Volkskreise. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär **v. Bötticher** suchte insbesondere die polizeilichen Ueberwachungsvorschriften des Entwurfs zu rechtfertigen mit der Motivierung, daß sich die Klagen über die „fraudulöse" Konkurrenz der Margarine stets gemehrt hätten. Gleich dem Landwirtschaftsminister versicherte Herr v. Bötticher, daß es der Regierung fern liege, die reelle Konkurrenz der Margarine zu beseitigen.

Abg **v. Blöß** (kons.) spricht sich als Führer des Bundes der Landwirte für strengste Bestimmungen aus.

Nach verschiedenen unwesentlichen Bemerkungen und nachdem sich auch Abg. **Herbert** (soz.) gegen den Entwurf ausgesprochen hat, wird die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Hierauf beginnt die erste Beratung der **Justiznovelle.** Der Nationalliberale Günther und der Konservative v. Buchka plaidierten für schleunige Erledigung der Vorlage. Staatssekretär Nieberding sucht die Abweichungen der Vorlage nach den Kommissionsbeschlüssen der vorigen Session zu rechtfertigen.

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr.

Tagesgeschichte.

Wer hat Lust? 5000 „Ehrenmitglieder" der konservativen Partei werden gesucht. „Ehrenmitglied" des Wahlvereins der Deutschkonservativen kann man durch einen festen Jahresbeitrag von 10 M. werden. Der Vorstand des Wahlvereins der Deutschkonservativen versendet zu diesem Zweck überall hin gedruckte Aufforderungen, von denen auch viele an Mitglieder anderer Parteien, namentlich an Nationalliberale gelangen. Die Mittel sollen verwandt werden für die Haltung eines Bureaus, die Erhaltung der Kons. Corr. und zu Beihilfen zu Wahl- und Preßzwecken. Der Wahlverein will auf diese Weise nach dem versandten Prospekt 5000 Ehrenmitglieder gewinnen und damit eine Summe von 50000 M. jährlich aufbringen. In dem Zirkular wird geklagt, daß leider „in den Kreisen der Konservativen selbst das volle Verständnis fehlt für das Bedürfnis der vorbezeichneten Einrichtungen, ohne die eine gesicherte, selbständige politische Thätigkeit und dauernde Erfolge der Partei unmöglich sind." — Nicht einmal geschenkt nehmen mag ein reeller Mensch die „Ehrenmitgliedschaft" der Hammersteinpartei.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde in Wiesbaden der 62jährige Malergehilfe Philipp Konradi zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Wegen Kaiserbeleidigung stand der Schauspieler Faßnacht vor der Strafkammer zu Frankenthal. Ein Denunziant hatte eine über Bismarck gemachte Aeußerung auf Wilhelm II. bezogen. Das Gericht erkannte auf Freisprechung.

Wegen Kaiserbeleidigung denunzierte der Arbeiter Johann Günzel in Frankfurt a. M. seinen früheren Stubenkollegen, den 20jähr. Schlosser Waldmann. Der Staatsanwalt beantragte Freisprechung; das Gericht erkannte jedoch auf 3 Monate Gefängnis.

Wegen Kaiserbeleidigung war der verantwortliche Redakteur der N. Wurz. Ztg., Genosse Weichelt, vom Landgericht Leipzig zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Reichsgericht verwarf gestern die dagegen eingelegte Revision.

Wegen Kaiserbeleidigung hatte das Landgericht Hannover gegen Gen. Rauch vom dortigen Volkswillen auf vier Monate Gefängnis erkannt. Das Reichsgericht verwarf gestern die Revision Rauchs.

Ein früherer Staatsanwalt und jetziger Richter schreibt in den Preuß. Jahrbüchern folgendes: „Vermag der preußische Richterstand nicht mehr in sich selbst, in seiner eigenen stolzen Vergangenheit, seiner überlegenen Intelligenz und seinem manuhaften Unabhängigkeitssinn die geistige und sittliche Widerstandskraft wiederzufinden, die ihm in diesen Tagen allgemeinen Niederganges mehr als je vonnöten ist, so wird keine Macht der Welt ihn davor schützen, früher oder später in dem demokratischen Volksrichtertum nordamerikanischer oder schweizerischer Qualität unterzugehen."

Den Nordostseekanal haben während des Vierteljahres vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1895 3556 Schiffe mit einem Netto-Raumgehalt von 445702 Reg.-Tonnen benutzt und an Kanalabgaben und Schleppgebühren zusammen 300171 M. entrichtet. Davon entfielen auf den Monat Dezember 746 Schiffe mit 116833 Tonnen Raumgehalt, welche 80694 M. Gebühren entrichteten. Die Gebühreneinnahmen im vorhergehenden Vierteljahr beliefen sich auf 233644 M.

Bei der Reichstagsersatzwahl in Diedenhofen-Bolchen wurden nach amtlicher Feststellung 14579 Stimmen abgegeben. Gewählt wurde Gutsbesitzer Charton in Sierck (klerikal) mit 10972 Stimmen. Der Gegenkandidat Genosse Schleicher in Metz erhielt 3500 Stimmen. Die sozialdemokratischen Stimmen sind gegen 1893 um 2996 gestiegen.

Bei der Reichstagsersatzwahl in Metz wurde nach nunmehriger Feststellung Pierson (Elsaß-Lothringer) mit 8680 Stimmen gewählt gegen Martin (Sozialist), der 3762 Stimmen erhielt. Auch hier haben die sozialdemokratischen Stimmen eine Steigerung von 304 Stimmen erfahren, während die Gegner 4622 Stimmen verloren.

Bei der Reichstagswahl in Köln erhielten gestern Trimborn (Zentr.) 11388, Hofrichter (soz.) 6498, Leienbecker (natlib) 3486, Virchow (freis. V.-P.) 103 Stimmen. Zersplittert waren 54 Stimmen. Hiernach ist Trimborn gewählt.

Kann Wehlan strafrechtlich verfolgt werden? Der Negerschinder Wehlan ist nach § 4 des Strafgesetzes ebenso strafbar, als wenn er seine Verbrechen im Inlande begangen hätte. Bei seinen Handlungen kämen folgende Paragraphen in Betracht:

§ 211. Wer vorsätzlich einen Menschen tötet, wird wenn er die Tötung mit Ueberlegung ausgeführt hat, wegen Mordes mit dem Tode bestraft.

§ 339. Ein Beamter, welcher durch Mißbrauch seiner Amtsgewalt oder durch Androhung eines bestimmten Mißbrauchs derselben jemand zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung widerrechtlich nötigt, wird mit Gefängnis bestraft.

§ 340. Ein Beamter, welcher in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Amtes vorsätzlich eine Körperverletzung begeht oder begehen läßt, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

Ist die Körperverletzung eine schwere, so ist auf Zuchthaus nicht unter zwei Jahren zu erkennen.

§ 343. Ein Beamter, welcher in einer Untersuchung Zwangsmittel anwendet oder anwenden läßt, um Geständnisse oder Aussagen zu erpressen, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft.

§ 345. Gleiche Strafe (Zuchthaus) trifft den Beamten, welcher vorsätzlich eine Strafe vollstrecken läßt, von der er weiß, daß sie überhaupt nicht oder nicht der Art oder dem Maße nach vollstreckt werden darf.

Recht muß Recht bleiben! ist jüngst wieder gesagt worden. Man wird abzuwarten haben, inwieweit im Falle Wehlan diesem Spruche nachgeachtet wird.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ In der Privatklagesache des Genossen Hülle in Erfurt gegen den Staatsanwalt Lorenz ist zur Verhandlung der von dem Verurteilten eingelegten Revision auf den 23. Januar Termin vor dem Oberlandesgericht zu Naumburg anberaumt.

Parteinachrichten.

— „Den Hammerstein lassen Sie laufen, aber anständige Bürger belästigen Sie!" Diese Worte sollte unser 83jähriger Parteigenosse Baader in Berlin zwei Kriminalschutzleuten entgegengeschleudert haben, die von dem Kriminal-Kommissarius Schöne beauftragt waren, am großen Kölletage in seiner Wohnung eine Haussuchung abzuhalten. Nach der Bekundung der beiden Beamten sei unser alter Genosse bei dieser Gelegenheit sehr erregt gewesen. Nachdem er seinen Unmut durch die Eingangs erwähnten Worte Luft gemacht hatte, hielt er dem einen Beamten ein Paar Frauenschuhe mit dem Bemerken dicht unter die Nase: er möge doch nachsehen, ob vielleicht etwas darin verborgen sei. Den Hut des anderen Beamten, den dieser auf das Bett gelegt hatte, warf er auf den Fußboden und nach Beendigung der Durchsuchung gab er seinem Enkel, den Rat, „sich die Kerls recht genau anzusehen, damit er sie auf der Straße wieder erkenne". Auf die Strafanzeige der Beamten hatte sich Baader gestern wegen Beleidigung zu verantworten. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu 20 Mark Geldstrafe event. vier Tagen Gefängnis.

— Zu Magdeburg starb die Genossin Selma Vater, eine treue Stütze ihres Mannes und eine eifrige Mitkämpferin für die Sache des Proletariats. Ehre ihrem Angedenken.

Zur Arbeiterbewegung.

— Der Kongreß der deutschen Textilarbeiter wird nunmehr endgültig für den 5. und 6. April nach Apolda einberufen. Von den einzelnen Punkten der Tagesordnung sind folgende von allgemeinem Interesse: 1. Einführung eines einheitlichen Lohntarifs für die gesamte mechanische Weberei in Deutschland. 2. Gründung von Konsum- und Produktiv-Genossenschaften in der Textil-Industrie. 3. Einführung des weiblichen Fabrik-Inspektors.

— Die Zimmerer von Berlin beschlossen, in eine allgemeine Lohnbewegung zur Erringung der neunstündigen Arbeitszeit bei gleichem Wochenverdienst bereits im nächsten Monat einzutreten.

— Brüssel. In Andenarde brannte eine große Baumwollspinnerei ab. Ueber 100 Arbeiter sind dadurch beschäftigungslos geworden.

Stadtverordneten-Sitzung

vom 13. Januar.

Vorsitzender: Stadtv.-Vorsteher Dittenberger.

Nach Eröffnung der Sitzung erteilt der Vorsitzende dem Oberbürgermeister Staude das Wort zu einer Mitteilung. Derselbe teilt der Versammlung die Beschlüsse des Magistrats über die Veranstaltungen zur bevorstehenden 25jährigen Gedenkfeier der Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches (18. Januar 1871) mit. Danach soll das Arrangement bestehen in einer kirchlichen Feier für alle Konfessionen und einer Schulfeier. Ferner sollen die Stadtverordneten teilnehmen an den Veranstaltungen der Kriegervereine und der Studentenschaft. Um eine Schmückung aller Straßen, Gassen und Gäßchen mit Fahnen und Bannern soll die Bürgerschaft angegangen werden. Patriotische Musik, ausgeführt von der Stadtkapelle, sollen an dem Tage von dem Altan des Rathauses erschallen. Dies alles solle erfolgen, um der Bürgerschaft die Bedeutung des Tages ins Gedächtnis zu rufen. Von sonstigen Veranstaltungen, wie Festessen, Auf- oder Umzügen sei Abstand genommen worden. Die von der Versammlung gewählten Mitglieder der Kommission zur Beratung der Feier haben sich mit den obigen Vorschlägen des Magistrats einverstanden erklärt. Redner führt weiter aus, daß zu einer würdigen Feier dieses Tages nichts besser beitragen könne, als zu befürworten, ein Denkmal für den Kaiser Wilhelm I. in der Stadt zu errichten. In einer vertraulichen Besprechung mit mehreren angesehenen Herren aus der Bürgerschaft sei dieser Vorschlag mit Begeisterung aufgenommen worden, und es stehe zu erwarten, daß die Mittel für diesen Zweck reichlich eingehen. Auch die Mitglieder der vorerwähnten Kommission haben sich für eine schnelle Betreibung der Angelegenheit erklärt. Beschluß des wiederholt zusammengetretenen Denkmals-Komitees ist die Bildung eines größeren Ausschusses für die vorbereitenden Arbeiten zu bewirken. Am Tage der Feier soll allen patriotischen Bürgern in zu veranstaltenden öffentlichen Versammlungen, die im Stadtverordnetensaale und anderen Sälen stattfinden werden, ans Herz gelegt werden, sich an diesen Sammlungen zu beteiligen. Es sei zu erwarten, daß diese schlichten Versammlungen eine große Kundgebung der patriotischen Gefühle des Bürgertums veranlassen werd n.

Der Vorsitzende äußert, daß durch die Einigung Deutschlands nicht nur ein politischer, sondern auch ein wirtschaftlicher Fortschritt begründet worden ist. Die Erinnerung an diesen Tag werde am besten nicht durch ein vorübergehendes Jubelfest, sondern durch ein dauerndes Denkmal gesichert. Auf das Verständnis, die Sympathie und die Bethätigung der Bürgerschaft für solchen Vorschlag, wird das Komitee sicher zu rechnen haben.

Hiernach teilt der Vorsitzende die neu eingegangenen Magistratsvorlagen mit, unter welchen als dringliche die **Wahl eines besoldeten Stadtrats** an Stelle des zum 2. Bürgermeister erwählten Stadtrats v. Holly bezeichnet ist. Da gleichzeitig ein Antrag auf Gehaltsregelung für dies Amt angeschlossen ist, so empfiehlt der Vorsitzende, hier ebenso zu verfahren, wie bei der kürzlich stattgefundenen Wahl der Stadträte und die Vorberatung einer besonderen Kommission zu übertragen. Es wird ein Anfangsgehalt von 4500 M. mit periodischen Zulagen bis zum Maximalgehalt von 6000 M. dasselbe Besoldungsverhältnis wie bisher — in der Vorlage empfohlen. Nachdem Stadtv. Friedrich empfohlen, die Vorlage bezüglich der Gehaltsfrage an die Finanzkommission vorweg zu überweisen, schlägt der Vorsitzende vor, die Vorberatung der Wahl vorweg zu nehmen, um die Wiederbesetzung der Stelle nicht zu verzögern, die Gehaltsfrage jedoch für sich durch die Finanz-Kommission erledigen zu lassen. Stadtv. Sachs erklärt die Sache für garnicht so eilig, da die Bestätigung des Stadtrats v. Holly zum Bürgermeister abgewartet werden müsse. Dessen Amt als Dezernent für die Polizei-Verwaltung müsse in Krankheitsfällen ja auch vertretungsweise versehen werden, so könne auch hier provisorisch verfahren werden. Oberbürgermeister Staude tritt für schnellere Erledigung ein, da durch die Lakanz des 2 Bürgermeisteramtes sowohl ihm als dem Stadtrat v. Holly bei längerer Dauer nicht erfüllbare Arbeitslasten aufgebürdet seien. Die Bestätigung des Herrn v. Holly als Bürgermeister könne eventuell erst nach 3 Monaten eintreffen. — Es wird beschlossen, die Vorberatung der Wahl einer Kommission, bestehend aus den Stadtverordneten Demuth, Steinhauf, Schmidt, Nesse und Keil, zu übertragen, die Anstellungsbedingungen aber von der Finanzkommission vorberaten zu lassen.

Der Vorsitzende teilt ferner weite Eingänge mit:

1. Die Petition des in der Schweitschkestraße wohnenden Chirurgus Berger, welcher eine städtische Jagd gepachtet hat. Petent ersucht um Ermäßigung der Pacht. (Gelächter.)

2. Die Petition der Eigentümerin des Grundstücks Mauerstraße 6 Fr. Klara Kleemann gegen die Zahlung von Kanalanschlußgebühren, zu welchen sie anläßlich der Beseitigung des Binnenkanals auf dem Terrain zwischen Mauer- und Taubenstraße verpflichtet worden. Petentin beruft sich darauf, daß andere angeschlossene Grundstücke von dieser Zahlung befreit geblieben seien. — Beide Petitionen werden der Petitions-Kommission überwiesen.

3. Ein Schreiben des Oberbergrat Heyden-Rynsch, eine Einladung zur Königsgeburtsfeier am 27. Januar. Liste zur Einzeichnung für die Teilnahme am Festessen liegt aus.

4. Die Einladung zur Feier der Universität für denselben Tag.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218960115-10/fragment/page=0002

Als bemerkenswert wird hervorgehoben, daß der Rektor zum erstenmale die Festrede in deutscher Sprache halten wird. (Dieselben wurden bisher in lateinischer Sprache gehalten.)

Es folgt die Verlesung des Protokolls und die Genehmigung desselben nach einer kleinen Richtigstellung.

Sodann wird in die Beratung der Tagesordnung eingetreten. Dieselbe umfaßt 12 Punkte, von welchen die Nummern 10–12 in die geschlossene Sitzung verwiesen sind.

Vor Beginn der Beratungen erhält Stadtv. **Albrecht** das Wort zur Geschäftsordnung. Derselbe beantragt, die Punkte 10 bis 12 in die öffentliche Sitzung zu verlegen und bittet diesen Antrag begründen zu dürfen. Der Vorsitzende erklärt, auf Grund der Geschäftsordnung, nach Erledigung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung diesen Antrag in geschlossener Sitzung zur Besprechung zu bringen und nach Beschlußfassung hierüber eventuell die Oeffentlichkeit wieder herzustellen.

Es folgt der 1. Punkt der Tagesordnung: **Wahl der Kommissionen und Deputationen.** Es sind deren ca. 50. Die vom Referenten der Kommissions-Kommission Stadtv. Demuth vorgeschlagenen Ersatzmänner für die ausgeschiedenen Mitglieder werden acceptiert. Ein Vorschlag des Stadtv. Rosch, in die Verschönerungs-Kommission den Vorsitzenden des Verschönerungs-Vereins, Kunstgärtner Spelling zu wählen, kann nicht angenommen werden, weil Betreffender nicht in der Liste der stimmfähigen Bürger der Stadt eingetragen ist. Sp. wohnt in Giebichenstein. Stadtv. Krüger nimmt Anlaß zu der Frage, ob durch die Verlesung der Vorschläge seitens des Referenten die Wahlen der Kommissionen erledigt sind. Von seinem Platze auf der hinteren Reihe aus sei wenig von dem Vorgetragenen zu verstehen. (Der Stadtv. Demuth ist überhaupt schwer zu verstehen, besonders auf der Tribüne.) Bezüglich der Einschätzungskommission erlaube er (Redner) sich, zu bemerken, daß wohl meist Herren in Vorschlag gebracht sind, die die Not des Lebens nicht aus eigner Erfahrung kennen. Er empfehle daher die Wahl des Kollegen Albrecht. – Der Vorsitzende berichtet den Vorredner dahin, daß die Einkommensteuer-Einschätzungskommission noch nicht gewählt ist. Diese wird erst gewählt werden, wenn die in Bälde zu verhandelnde Einkommensteuersatze zur Erledigung gebracht ist.

2. Punkt: **Errichtung einer neuen Rektorstelle bei den Elementarschulen.** Die Errichtung dieser Stelle soll zum 1. April 1896 erfolgen. Sie soll mit einem Anfangsgehalt von 3600 M. verbunden sein, welches durch 3jährige Zulagen von je 200 M. bis zum Höchstgehalt von 4800 M. steigt. Die Regierung dringe bereits seit mehreren Jahren auf die Errichtung der neuen Rektorstelle, welche sie bestimmt bis zu obigem Termin erwartet. Der Referent Stadtv. Dietlein empfiehlt Annahme der Vorlage. Dieselbe erfolgt.

3. Punkt: **Abbruch des Hauses Friedrichstraße 58** und Herstellung einer Einfriedigung. Der Magistrat beantragt diesen Abbruch zum 1. April 1896 und die Bewilligung von 460 M. zur Herstellung der hierdurch notwendig werdenden Einfriedigung des Grundstücks sowie eines an derselben Straße erworbenen Vorlandstreifens a conto des gemeinschaftlichen Dispositionsfonds. Der Referent der Baukommission Stadtv. Schulze (Baumeister) empfiehlt Ablehnung der Vorlage. Das Grundstück sei erworben worden, weil der Magistrat die Absicht gehabt habe, das Grundstück für ein künftiges Requisitenhaus eventuell zu einer Erweiterung des Maschinenhauses des Stadttheaters zu verwenden. Das Haus ist noch bewohnt. Jetzt ist polizeilicherseits mitgeteilt worden, daß man die Bewohnbarkeit desselben nicht mehr dulden werde. Da die Wiederherstellungskosten 11–1200 M. betragen würden und diese Kosten mit dem Ertrage nicht verzinsbar sind, werde Abbruch beantragt. Ref. beantragt, den Magistrat um eine Vorlage anzugehen, in der darzulegen ist, was mit dem Grundstück gemacht werden solle. Ob im Laufe des Jahres bereits ein anderer Bau und für welche Zwecke ein solcher erfolgen soll, oder für wann solcher Bau zu erwarten ist. Die Umsetzungskosten sind zu hoch befunden. Stadtv. Sachs ist namens der Finanzkommission für Annahme des Magistrats-Antrages. Es sei um jeden Groschen schade, der in die baufällige Bude zwecks Reparatur gesteckt würde. Stadtv. Friedrich erklärt, mit Rücksicht auf den schlechten Zustand des Hauses s. Z. für den Erwerb des Hauses zu billigen Preise gestimmt zu haben, weil es zur Aufnahme kleiner Requisiten bestimmt werden sollte. Damals wurde auf den großen Mietsertrag desselben hingewiesen, jetzt dagegen werde erklärt, daß es garnicht bewohnbar und nicht einmal für die Requisiten verwendbar sei. – Oberbürgermeister Staude wehrt den aus den Ausführungen des Vorredners hervorscheinenden Vorwurf gegen den Magistrat mit der Begründung ab, daß das Haus aus Gesundheitsgründen nicht bewohnbar und zur Requisitenkammer durchaus nicht verwendbar sei. Es sei eine jammervolle baufällige Hütte. – Stadtv. Sachs: Was wollen Sie mit solchem Haus, das weder Fenster, Thüren, Dach noch Schornstein hat. Die Leute, die drin wohnen, zahlen sehr viel; mehr, als sie in einem anständigen Hause zahlen brauchten. – Stadtv. Gyaas ist es durchaus nicht verständlich, daß das Haus im vorigen Jahre für einen verhältnismäßig hohen Preis gekauft worden ist und heute, nach den gehörten Erklärungen garnichts wert sein soll. – Stadtv. Neße beantragt Vertagung des Antrags zwecks Ermöglichung einer Besichtigung. – Stadtv. Brunecke bedauert, s. Z. für die Erwerbung gestimmt zu haben und empfiehlt Vertagung. – Stadtv. Bethke behauptet, daß bei den Verhandlungen über den Ankauf nicht die Absicht leitend gewesen sei, das Haus für Aufbewahrung von Requisiten zu erwerben, sondern schon damals hat die F.-R. gewußt, daß die Bude heruntergerissen werden muß. Jetzt handelt es sich noch besonders um den Vorlandstreifen, der erworben worden ist, um das Hinterland zu erschließen. – Stadtv. Neße wiederholt seinen, bereits abgelehnten Vertagungsantrag. – Stadtv. Heiser beantragt, eventuell nur 200 Mark zur Herstellung einer Bretterplanke zu bewilligen. – Stadtbaurat Genzmer erklärt, daß nur 100 M. pro Quadratmeter bezahlt seien. Der Erwerb des Grundstücks ist ein gutes Geschäft für die Stadt gewesen, da für das Hinterland desselben Frontrecht erworben ist. – Stadtv. Kohlschütter ist für Abbruch, da er das Haus kennt; er richtet jedoch an den Vorstand das Ersuchen, solche Vertagungsanträge dadurch zu verhindern, daß die Tagesordnung vollständiger veröffentlicht wird. Wenn es heißt: Abbruch des Hauses Friedrichstraße Nr. so und so, dann kann jeder der Stadtv. dasselbe vorher besichtigen; wer es nicht thut, dessen Schuld ist es dann selbst, wenn er nicht informiert ist. – Stadtv. Krüger befürwortet im Anschluß an die bezüglichen Ausführungen des Vorredners die Vervollkommnung der Tagesordnung und wünscht, daß die Anträge mindestens einen Tag vor dem Sitzungstage den Stadtverordneten zugestellt werden, damit eine vorherige Information ermöglicht wird. Uebrigens sei er veranlaßt, nach dem was er hier über das Haus erfahren, nur für die Niederlegung desselben zu stimmen. Es sei einer Gemeinde, wie Halle, unwürdig, aus einem solchen Gebäude noch Erwerb erzielen zu wollen, das würde doch nur geschehen auf Kosten der Unbemittelten. (Das obere Stockwerk sollte restauriert und vermietet werden.) Sparsam zu sein giebt es bei anderen Anlässen Gelegenheit genug. Hier sprechen nicht nur sanitäre, sondern auch humanitäre Gründe für den Antrag auf Niederlegung. – Der Vorsitzende hatte vor Wiederholung des Vertagungsantrages sich für Vertagung erklärt. – Die Vertagung wird beschlossen.

5. Punkt: **Verzicht auf das Rechtsmittel der Berufung in der Rickeltschen Prozeßsache.** Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß; daß: 1. gegen das Urteil des Landgerichts vom 22. Oktober 1895 (nach welchem dem Kaufmann Rickelt für sein an der Ecke von Kleinschmieden belegen gewesenes Geschäftshaus ein Mehrbetrag von 22347 M. über die von der Stadt ihm zugebilligte Summe zuerkannt wird) **Berufung nicht eingelegt** werden soll, wenn der Kläger Rickelt sich bei diesem Urteil des Landgerichts beruhigt; daß 2. falls Rickelt Berufung einlegen sollte, seitens des Magistrats im Wege der Anschlußberufung der Antrag gestellt werden soll, die Entschädigung auf 9460 M. herabzusetzen; 3. für den Fall des beiderseitigen Verzichts auf die Berufung die dem Kläger R. durch oben angeführtes Urteil zuerkannten 22347 M. nebst 5 Proz. Zinsen seit 5. April 1894 auf Anleihekonto bewilligt werden sollen. – Der Referent Stadtv. Baumeister Schulze (auch ein schwer verständlicher Sprecher) schießt hieran die Mitteilung, daß aus Anlaß eines sehr sachlich gehaltenen Gutachtens des von der Stadt gestellten Beauftachters Regierungsbaumeister Kallmeyer der Anwalt des Klägers (Zurni aus der Versammlung: Sachsland!) einen Schriftsatz produziert habe, der von unqualifizierbaren Angriffen gegen Vorbenannten strotzt. Magistrat hat an die Anwaltskammer zu Naumburg ein Schreiben gerichtet, in welchem unter Hinweis auf den Inhalt jenes Schriftsatzes dieser Kammer anheimgestellt wird, gegen den Rechtsanwalt einzuschreiten. In diesem Schreiben wird unter anderen gesagt, daß diese nichtsnutzigen Angriffe verdienten, niedriger gehängt zu werden; daß dieser Anwalt nicht würdig sei, das Amt zu führen u. s. w. Die Baukommission hätte es lieber gesehen, wenn Magistrat einen bestimmten Antrag auf Einleitung eines Verfahrens gegen diesen Rechtsanwalt gestellt hätte. – Stadtv. Herzfeld bedauert namens der Finanzkommission gleichfalls obigen Antrag, bittet aber auf seine Meinungsäußerung bezüglich des zweiten Teiles des Vortrages des Vorredners aus Rücksicht auf seine persönlichen Verhältnisse zu dem Betreffenden Verzicht zu leisten. Im Interesse des gesamten Anwaltsstandes erkläre er jedoch daß sich wohl nicht ein zweiter Anwalt finden dürfte, der in gleicher Weise sich vergehen würde. – Stadtsyndikus Jochmus erklärt: Der Magistrat hat eine ablehnende Antwort von der Anwaltskammer erhalten, weil in seinem Schreiben gleichfalls ein provokatorischer Satz enthalten sei. Hierauf hat der Magistrat sich an den hiesigen Ersten Staatsanwalt gewandt. Dieser hat erklärt die Sache aufnehmen, sobald der in der Rickeltschen Angelegenheit noch anstehende Termin auf dem Landgericht, betreffend die Kallmeyersche Begutachtung erledigt sein wird.

6. Punkt: **Pflasterung in der Delitzscherstraße.** Die Versammlung erklärt sich mit dem Magistratsantrage einverstanden, die auf 1500 M. veranschlagten Mittel für die Pflasterung der Delitzscherstraße vor dem Kobeschen Neubau an der Ecke der Freiimfeldestraße nachträglich zu bewilligen mit der Maßgabe, daß dieselben in Höhe von 770 M. aus der Rittergutsbesitzer Kobeschen Kaution entnommen werden und daß der verbleibende Restbetrag der Stadtgemeinde seitens des Kobe von jetzt ab jährlich 4 Proz. verzinst wird, bis der Anliegerbeitrag für das an die gepflasterte Strecke südlich angrenzende Grundstück eingezogen sein wird. Ref. Stadtv. Hildebrandt.

7. Punkt: **Fluchtlinienfestsetzung in der Leipzigerstraße.** Für die Grundstücke Nr. 9 und 10 und 15 und 16 werden neue Fluchtlinien festgesetzt, die als unbedeutende Veränderungen des gegenwärtigen Zustandes zu bezeichnen sind. Bei den Grundstücken Nr. 15 und 16 kam die Verbreiterung des großen Sandberges zur Sprache, da der Papierhändler Weddy die Absicht haben soll, einen Neubau aufführen zu lassen. Die Verbreiterung dieses Teiles des Sandberges soll auf 7,5 Meter erfolgen wie schon im März 1878 festgesetzt wurde. Die betreffend in beiden Grundstücken haben zunächst der Leipzigerstraße vorläufig gleich breite Strecken abzutreten. Gewerbebrechungen sind vorgesehen. Die Versammlung beschließt nach Antrag.

8. Punkt: **Die Entlastung der Rechnung der Kämmereikasse pro 1891/92,** welche in Einnahme 8596572 M. sowie 128656 M. Reste, in Ausgabe 8386562 M. sowie 921603 M. Reste, somit einen Bestand von 210009 M. (792947 M. Reste) ergiebt, wird entlastet. Ref. Stadtv. Klinckhardt hat die Rechnungen und Belege geprüft und moniert u. a. die Ausgabe von 750 M. für eine Reise des Garteninspektors Kriehle zur Besichtigung von Baumschulen und Parkanlagen. Stadtverordneter Friedrich beantragt, die im Etat als Vermögensobjekte der Stadt geführten Thüren u. dgl. wegfallen zu lassen, dagegen solche Objekte, wie der Acker an der Reilstraße, die in früheren Jahren zu niedrigen Preisen erstanden wurden, nach dem neu zu taxierenden Wert in den Etat einzustellen.

9. Punkt: **Entlastung der Rechnung über den Schulbau an der Liebenauerstraße.** Dieselbe erfolgt. Die Rechnung balanziert mit 104633 M. Der Schulbau samt Utensilien kostet 95960,37 M.

Der Vorsitzende schlägt vor, in geschlossener Sitzung zunächst dem Antrag Albrecht Folge zu geben und darüber abzustimmen zu lassen, ob die drei für die geschlossene Sitzung bestimmten Punkten in die öffentliche verwiesen werden soll. In Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit (gegen 8 Uhr) empfiehlt er gleichzeitig, auf alle Fälle Vertagung auf 8 Tage für alle drei Gegenstände zu beschließen. Dies geschieht.

Oeffentliche Volksversammlung in Giebichenstein.

Seit langen Jahren hat Giebichenstein nicht eine so imposante Versammlung gesehen als die am vergangenen Sonntag in der Saalschloßbrauerei abgehaltene. Weit ins zweite Tausend hinein waren gekommen, um den Vortrag des Genossen Reichstagsabgeordneten Ferdinand Bueb aus Mühlhausen i. E. zu hören. Anknüpfend an ein kleines Vorkommnis, das vor dem Eintritt in die Tagesordnung sich abgespielt, weil ein junger Mann sich zu den zwei überwachenden Polizisten auf der Tribüne gesellte, dessen Hinabweisung von der Versammlung verlangt wurde, sofern er nicht in amtlicher Eigenschaft herbeordert sei, was jedoch von den Ueberwachenden verneint wurde, beleuchtete Genosse Bueb, durch dessen Eintreten für besagten Mann es diesem gestattet wurde, auf der Tribüne zu bleiben, sein Thema „Sozialpolitischer Rückblick" packend klar. Er wewies auf ein bekanntes Wort „Die Sozialdemokratie überlassen Sie mir" und schilderte die köstliche Freiheit der Deutschen, die darin bestehe, daß wer in dem „Lande der Denker und Dichter" seine Stimmung frei äußere, auf Jahre hinter Schloß und Riegel gebracht werde. Heil einem Schiller, einem Leising u. s. w., daß sie nicht in dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts wirken müssen; unbarmherzig würde man sie verdammen. Als 1878 das Schandgesetz gegen die Sozialdemokratie gemacht wurde, da hätte die Regierung genau so wie heute gewußt, daß Hödel ein Anhänger Stöckers sei, ein Nobiling alles andere, nur kein Sozialdemokrat war, vielmehr der national liberalen Partei nahe stand. Redner faßte die „geistigen Waffen", die nach dem Falle des Sozialistengesetzes gegen uns angewandt werden sollten, dahin zusammen: Knüppelgarde des Pastor Fekrant, der kürzlich bei einem Prozesse der wissentlichen Lüge überführt worden sei, und der Dolus eventualis der deutschen Regierung.

Einen Blick auf die verschiedenen Parteien werfend, ging Bueb hauptsächlich mit den Nationalliberalen scharf ins Gericht. Vor jeder anderen politischen Partei selbst von den Antisemiten, lasse sie Parteirichtung als Ueberzeugung verstehen werde, habe er Achtung; vor den Nationalliberalen könne er keine haben; das Wort libe al, das einst in gutem Klange gestanden, und das die Herren nationalliberalen Professoren bei jeder Gelegenheit im Munde führten, widerspreche ihren Thaten schmutzstreichs. Wohl lehrten sie auf der Universität den Fabrikantensöhnen, daß die Welt nicht in sieben Tagen erschaffen worden, jedoch die breite Masse des Volkes solle nicht daran zweifeln.

Die bekannte „Verzweiflungstheorie gegen die Sozialdemokratie", die das Bismarckorgan, Hamb. Nachr. so dreist propagierte, sei ein Beweis, welche Pläne man gegen uns von oben schmiede. Aber wir seien kein Kanonenfutter und thäten ihnen den Gefallen einer Revolution noch lange nicht.

Das Wahlrecht, das heiligste Gut der Nation, zu beseitigen und wenn es durch Staatsstreich wäre, das sei eine der „geistigen" Waffen unserer Gegner.

Redner verwies u. a. auch auf die zwei letzten Reichstagswahlen im Kreis. in Metz und Diedenhofen. In ersterem Kreise hätten die Stimmen der Gegner um 4000 abgenommen, während in Diedenhofen unsere Stimmenzahl von 300 bei der letzten Wahl auf über 3000 gestiegen sei, gewiß ein Beweis, daß die Sozialdemokratie immer weiteren Boden trotz aller Verfolgungen und Drangsal gewinne; gerade im Elsaß sei der beste Agitator für uns der Steuerbote und der Gerichtsvollzieher. So lange diese in einem Orte seien, brauche kein Sozialdemokrat hinzukommen, sie beschafften uns genug Stimmen.

Redner führte weiter aus, daß Deutschland sich so gern den christlichsten aller Staaten nenne und trotzdem verfolge man die Sozialdemokraten genau so wie die ersten Christen. Das Christentum hätte niemals so starke Wurzeln gefaßt, wenn nicht die römischen Tyrannen so viel Menschenblut vergießt hätten. Redner kam dann noch auf den Sammel des vorigen Jahres zu sprechen und bedauerte, daß viele Hunderte von Petitionen in jeder Session an den deutschen Reichstag kämen, in denen die Kriegsinvaliden, die ihre gesunden Knochen auf den Schlachtfeldern von Frankreich gelassen hätten, um Unterstützung nachsuchten, und wie man diese bedauernswerten Leute in den Straßenecken mit der Kriegsdenkmünze auf der Brust die Drehorgel spielen sehe.

Mit dem Ausspruch Homers: Es wird ein Tag kommen, dahin sinkt Ilias, Priamus auch und das Land des lanzenkundigen Konigs schloß Genosse Bueb seinen oftmals von rauschendem Beifall unterbrochenen Vortrag.

In der Diskussion sprachen sich mehrere Redner im Sinne des Referenten aus und wiesen u. a. auch auf die bevorstehenden Gemeindeerswahlen hin. Nach Annahme einer Resolution folgenden Wortlauts:

„Die heute am 12. Januar in der „Saalschloßbrauerei" zu Giebichenstein tagende, von ungefähr 1200 Personen besuchte Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und gelobt trotz aller Verfolgungen treu und fest zur Sozialdemokratie zu halten und für deren weitere Ausbreitung einzutreten!"

schloß der Vorsitzende, Genosse Osterburg, mit einem Hoch auf die internationale volksbeseelende Sozialdemokratie die ausgezeichnet verlaufene Versammlung.

Nachdem Grundbesitzer „Jeder blamiert sich so gut wie er kann", ließ sich ein gewisser Holzhändler Lüttich während der Versammlung gelüsten den Redner durch einen dummen Zwischenruf zu unterbrechen. Es wurde ihm jedoch von Bueb derartig heimgeleuchtet, daß er es vorzog sich schleunigst aus dem Staube zu machen. W.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 13 Januar 1896.

* **Herr Kunze, Inhaber der Kaisersäle, hat sein unserer Partei gegebenes Wort ohne Anlaß schnöd gebrochen.**

* **Die nächste Versammlung** des sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis wird künftigen Montag in Schades Schützenhaus zu Giebichenstein abgehalten werden. Da in Giebichenstein dieser Tage die Auslegung der Wählerlisten für die Gemeinderatswahlen beginnt und da die Genossen fest entschlossen sind, diesmal nachdrücklich in die Wahlbewegung einzutreten, darf auf einen starken Besuch der Versammlung gerechnet werden.

* **Im geschlossenen Teil der gestrigen Stadtverordnetensitzung** rief der Antrag des Gen. Albrecht, die Punkte 10, 11 und 12 in die öffentliche Sitzung zu verlegen, eine lebhafte Debatte hervor. Gen. Albrecht begründete seinen Antrag damit, daß die große Masse der Bürgerschaft für die geschlossenen Sitzungen keine Sympathie empfinde und daß außerdem doch Berichte in die Presse kommen, die unter Umständen nicht einmal der Wahrheit entsprechen, wie das in dem Bericht einer hiesigen Zeitung über die vorige Sitzung war. Er wurde von Gen. Krüger unterstützt, welcher hervorhob, daß vom moralischen Standpunkt betrachtet, es nur nützlich sein kann, wenn Sachen, wie sie in der vorigen Sitzung vorgekommen, daß ein kapitalkräftiger Unternehmer seinen Konkurrenten überbietet und dann um Erlaß eines Teiles der Miete ersucht, der Oeffentlichkeit preisgegeben werden, um solche Leute an der Pranger zu stellen. Hinsichtlich der Beamten müsse man vor allem voraussetzen, daß deren Verhältnisse das Licht der Oeffentlichkeit nicht zu scheuen brauchten. Der Antrag des Genossen Albrecht wurde jedoch von verschiedenen Seiten, insonderheit auch vom Oberbürgermeister Staude, bekämpft. Letzterer wies darauf hin, daß unter den fraglichen Punkten der vorliegenden Tagesordnung auch Familien-Angelegenheiten der Beamten zur Sprache kommen müßten, die besser nicht in die Oeffentlichkeit kämen. Das Resultat der Debatte war, daß die Verlegung der drei Punkte in die öffentliche Sitzung in getrennter Abstimmung mit steigenden Minoritäten abgelehnt wurde.

* **Eine Submissionsblüte** von besonderem Dufte hat die Vergebung der Erdarbeiten am Beesener Wasserwerke gezeitigt. Es verlangten für Ausführung der Arbeiten:

Riedel	62 620 M.
Schmidt	60 100 „
Steinbach	44 000 „
Hembold	41 700 „
Kerl	39 100 „
Lohmann	38 000 „
Fallnich	37 020 „
Kaschel u. Umlauf	32 910 „

Die Gebote differieren also fast um volle 100 Prozent. Als billigste erzielten die Herren Knöchel u. Umlauf den Zuschlag. Wie es mit der Höhe der Arbeitslöhne aussehen wird, muß sich bald zeigen.

* **Auf der Straßenbahn.** Ein hiesiger Kaufmannslehrling war am 21. August v. J. als er einen Brief expedieren wollte, in der Leipzigerstraße auf die Pferdebahn gestiegen und nachdem er ca. 10–15 Schritt mitgefahren war, wieder abgesprungen und in die Martinistraße hineingelaufen. Der Kutscher war dem Lehrling nachgeeilt und hatte ihn darüber zur Rede gesetzt. Letzterer erklärte, er habe die Absicht gehabt mitzufahren, nachträglich aber erst bemerkt, daß er kein Geld bei sich hatte, weshalb er wieder abgesprungen sei. Nachträglich hat aber der blindgefahrene Passagier der Pferdebahn gesellschaft 10 Pf. für die kurze Fahrt entrichtet. Die Sache hatte aber noch ein Nachspiel vor Gericht, indem der Lehrling vom hiesigen Schöffengericht wegen Betrugs zu 5 M. Geldstrafe verurteilt wurde weil er, in der Absicht sich ein rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, die Pferdebahngesellschaft durch Vorspiegelung falscher Thatsachen um 10 Pf. geschädigt haben sollte. Auf eingelegte Berufung wurde der Lehrling aber von der Strafkammer freigesprochen, da nicht angenommen wurde, daß der Passagier bei dem Aufsteigen auf die Bahn gewußt hat daß er kein Geld bei sich hatte. Es wurde als nicht erwiesen erachtet, daß der Lehrling hat täuschen wollen. Tant de bruit pour une omelette, so viel Lärm um einen Eierkuch n.

* **Aus dem Bureau des Stadttheaters.** Signorina Frazzeschi na Prevoit, die berühmte italienische Gesangsragödin beginnt morgen Mittwoch mit der Violetta in Verdis Oper „Traviata" ihr kurze Gastspiel. Billets zu allen drei Gastspielen von Franzeschina Prevoit können an der Tageskasse vorbestellt werden.

Schkeuditz. Die am Sonntag in Zeiß'ers Lokal stattgehabte Volksversammlung, in welcher Reichstagsabgeordneter Bueb über die wirtschaftliche und politische Lage sprach, war sehr gut besucht. Nach dem Vortrag (s. Bericht an anderer Stelle der vorliegenden Nummer. D. R.) sprach Gen. Layer aus Halle über die Lage der Konfektionsarbeiter. Er schilderte deren Lage als äußerst traurig und besserungsbedürftig, dieselben seien nun in eine Bewegung getreten in ganz Deutschland, um ihre Lage

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218960115-10/fragment/page=0003

einigermaßen zu heben. Redner verlas hierauf den neuen Tarif, welcher erkämpft werden soll, und forderte die Versammelten auf, die Konfektionsarbeiter in ihrem schweren Kampfe dadurch zu unterstützen, daß sie vorläufig in den Konfektionsläden nichts kaufen und dann, wenn die Bewegung in vollem Gange ist, nur dort kaufen, wo der Tarif bezahlt wird. Nachdem noch der Vorsitzende C. Müller seine Sympathie für die Bewegung aussprach, wurden folgende Resolutionen verlesen:

1. Die heute am 12. Januar stattfindende öffentliche Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten Reichstagsabgeordneten Bueb vollständig einverstanden; sie ist der Ueberzeugung, daß das fernere Wachsen der sozialdemokratischen Partei durch die neuesten scharfen und schwereren schärferen Maßnahmen der Behörden nicht aufgehalten, sondern gefördert wird.

Im weiteren spricht die Versammlung ihre vollste Entrüstung aus über die Bestrebungen der sächsischen Kammermajorität, das Wahlrecht in Sachsen zu beschneiden, und sendet den sächsischen, im Kampfe um das freie Wahlrecht stehenden Genossen ihre Sympathie.

2. Im Hinblick auf die enorme Schuldenlast der Stadt Schkeuditz und im weiteren Hinblick darauf, daß das neuerstandene Deutsche Reich in keiner Weise den Wünschen und Hoffnungen der breiten Masse des deutschen Volks Rechnung getragen hat, protestiert die heutige Versammlung ganz entschieden gegen die Bewilligung von Geldern aus dem Stadtsäckel zur Verherrlichung des 18. Januar.

Beide Resolutionen wurden einstimmig angenommen. Nach einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen. W. B.

Erfurt. Von der Klage, die hiesige Staatsanwaltschaft beleidigt zu haben, wurde Genosse Wiertelarz durch das Landgericht freigesprochen. Das Reichsgericht verwarf gestern die gegen die Berufung eingelegte Revision.

Magdeburg. Wegen Vergehens gegen das Dynamitgesetz war der Buchdruckereibesitzer Munkelt aus Gommern zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hatte bloß die nicht verbrauchten Patronen nicht zurückgegeben. Das Reichsgericht vermochte an dem harten Urteil nichts zu ändern.

Quedlinburg. Gestorben ist der Gattin treue Genosse Friedrich Becker. Er lebte als Privatmann und nahm allzeit warmen Anteil an der Arbeitersache.

Weißenfels. Der Husar Otto Reiff aus Lauchstädt ist flüchtig geworden. Die paradiesischen Freuden der Ferienkolonie sagten dem Undankbaren nicht mehr zu. Desertiert ist auch der von hier gebürtige Musketier Hartung, der in Flensburg (85. Reg.) diente.

Halberstadt. Genosse Hartemann hat eine zweimonatliche Gefängnisstrafe angetreten.

Kleine Provinzial-Chronik. In Nordhausen ist der freireligiöse Prediger Dr. August v. Cne gestorben. Er war einer von den persönlich höchst ehrenhaften Männern, die aber über den freireligiösen Standpunkt nicht hinauskommen und die Wurzel der sozialen Frage nicht begreifen. — Ein Knecht des Zimmermeisters Bauer in Mühlhausen wurde von seinem Wagen überfahren und starb. — In Nindeberg bei Mühlhausen brannten zwei Scheunen und Stallungen nieder. — In Querfurt wurde ein politischer Arbeiter der Zuckerfabrik verhaftet, weil er grobe Ausschreitungen verübt hatte. — Freyburg wird demnächst in der Person des Steinbruchsbesitzers Thieme einen zwölffachen Millionär haben. Er tritt die Erbschaft eines in Amerika verstorbenen Verwandten an. — Im Thüringer Walde liegt der Schnee sehr hoch; bei Großbreitenbach blieb am Freitag ein Zug im Schnee stecken. — In Herbsleben ist die Ziegelei von Egger niedergebrannt. — Aus dem Gefängnisse zu Großbodungen ist der wegen Sittlichkeitsverbrechen verhaftete Musiker Holzapfel aus Wernigerode entsprungen. — Der 80-jährige Auszügler Schäfer aus Artern hat sich nachts im Freien verirrt und ist in einem Graben ertrunken. — In Weitschütz bei Weißenfels erhielt der Bauunternehmer Louis Rein durch einen Sturz den Tod. — In Wanzleben hat sich der desertierte Soldat Diefert in den Brunnen gestürzt, um der Verhaftung zu entgehen. Man zog den Unglücklichen als Leiche heraus. — Verhungert aufgefunden wurde in Neustadt bei Magdeburg der Privatmann Franz Haarwardt. Er hinterläßt ca. 50,000 Mk. — Der wegen Gattenmords zum Tode verurteilte Pantoffelmacher Ehrlich hatte sich in seiner Zelle erhängt. — Vermißt wird seit Freitag das 4½ jährige Söhnchen des Zuckerfeds Beyer in Ellenburg.

Versammlungsberichte.

† Allgemeiner Konsumverein. In der am Sonnabend im Prinz Karl abgehaltenen Generalversammlung des Allgemeinen Konsum Vereins kam es zu heftigen aber auch berechtigten Auseinandersetzungen im Aufsichtsrat. Es bleibt abzuwarten, ob auch die hallesche Gattin uns Lesern den wahren Sachverhalt auftischen wird, wie er in der Versammlung laut geworden ist. Wenn auch der Vorsitzende Herr Lüdecke sein Amt nicht niedergelegt hätte, so wäre er, wie es nicht anders zu erwarten war, von der Versammlung herausgestoßen worden. Die Mitglieder werden schon dafür sorgen, daß auch mit den übrigen Genossen des Herrn L., wenn dieselben sich Unregelmäßigkeiten zu schulden kommen lassen, tabula rasa gemacht wird. Herr Lüdecke hatte es vorgezogen, durch Abwesenheit zu glänzen. Warum? Das wird die nächste Versammlung lehren! Herr Bedau brachte in seinem Rechenschaftsbericht recht unerquickliche Thatsachen zu Gehör. Dieselben gingen dahin, daß Ausgaben gemacht worden sind, über die gar keine Belege vorhanden sind. Herr Lüdicke und seine Freunde haben Wein, Bier, Zigarren u. s. w. auf Unkosten der Mitglieder verzehrt. Die Herren haben sich auch nicht geschent, für eine Kaye 1.50 Mk. aufzusetzen. Für diesen Betrag bekommt sie nämlich Milch. Viele arme Proletarierkinder können manchen Tag keinen Tropfen Milch zu sehen, geschweige denn zu trinken erhalten. Ein Herr Ludwig, Mitglied vom Aufsichtsrat, gab seine Entschuldigung dahin ab, anläßlich einer Lokaleinweihung: „Als ich hinkam, war der Tisch schon gedeckt. Was sollte daraus werden? Es mußte doch getrunken und verzehrt werden.“ Dieser Herr ist ein praktischer Jünger des Herrn Dr. Alex. Meyer, das Bier, was nicht getrunken wird, hat seinen Beruf verfehlt.“ Bei der Stichwahl siegte Herr Koppelsberg mit 700 Stimmen gegen 91 Stimmen. An Stelle des bisherigen Geschäftsführers Schubert wurde Kaufmann H. Beeck von hier gewählt. Die Versammlung tagte bis nach 2 Uhr morgens. e.

Aus dem Gerichtssaal.

Halle, 13. Januar. Heute begann am hiesigen königlichen Landgericht die erste diesjährige Schwurgerichtsperiode. Den Vorsitz führt Herr Landgerichtsrat Lobenheim, als Beisitzer fungieren die Herren Landgerichtsrat Dohne und Assessor Kamahohr. Die Staatsanwaltschaft ist vertreten durch Herrn Staatsanwalt Hoffmann und als Gerichtsschreiber wirkt Herr Referendar Braun. Vor Eintritt in die erste Verhandlung hielt der Vorsitzende an die Geschworenen eine Ansprache, in welcher er hervorhob, daß im Laufe der Periode Sachen zur Verhandlung kommen werden, in welchen Angeklagte einer bestimmten Parteirichtung angehören. Dieses dürfe die Geschworenen nicht zurückhalten, unparteiisch zu urteilen. Mögen die Angeklagten der sozialdemokratischen Partei oder sonst einer anderen politischen Richtung angehören. Die Richter seien dazu berufen, ohne Ansehen der Partei nach Gesetz und Recht abzuurteilen. Nach Auslosung der Geschworenen wurde in die erste Verhandlung eingetreten und dazu der Bäckermeister Karl Emil Otto Mendler aus Rotteldorf bei Gerbstädt, geboren in Schkeuditz, 27 Jahre alt, aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Der Angeklagte ist bis dato nicht bestraft, verheiratet und Vater von einem Kinde. Ihm wurde zur Last gelegt, zu Rotteldorf in der Nacht vom 9.—10. Oktober vorigen Jahres ein Gebäude, welches zur Wohnung von Menschen diente, in betrügerischer Absicht vorsätzlich in Brand gesetzt zu haben. Aus der Vernehmung des Angeklagten ergab sich folgender Thatbestand. Bis zum Jahre 1893 hatte der Angeklagte in Leimbach eine Bäckerei betrieben, welche, da er in Zahlungsschwierigkeiten geriet, subhastiert worden ist. Er pachtete hierauf in Rotteldorf im Hause des Gastwirts Herbst für 300 M. eine andere Bäckerei und versicherte selbige nebst seiner Wirtschaft mit 4700 M. bei der Schlesischen Feuer-Versicherung in Breslau. Auch die zweite Bäckerei soll schlecht rentiert haben, wozu der Angeklagte durch Vernachlässigung des Geschäfts beigetragen hat. In der Nacht vom 9.—10. Oktober brannte das vom Angeklagten bewohnte Gebäude bis auf die Umfassungsmauern nieder. Man vermutete sofort Brandstiftung, wozu das Verhalten des Angeklagten beitrug. Insbesondere war es auffällig erschienen, daß der Angeklagte sehr hoch versichert hatte und der Versicherungsbetrag den Wert des Geschäfts und der Wirtschaft weit überstieg. Bei dem Brande hatte er es nicht für nötig gehalten, seine Hausgenossen sofort zu wecken, sondern war nach seinem am Ende des Dorfes wohnenden Freund gegangen und hatte den „zu Hilfe“ gerufen. Während andere Personen sich bei dem Feuer am Löschen betätigten, hatte er sich in auffallender Stellung an ein Thor gelehnt und zugesehen. Des Angeklagten Schlafstube war vollständig ausgebrannt, während aus der Wohnstube den Flammen mehrere Möbel entzogen wurden. Der Angeklagte hatte sich bei dem Brande ziemlich gleichgültig gezeigt und die bei dem Feuer zugegen gewesenen Personen gleich nach Erledigung der Löscharbeiten zu einem Glase Bier eingeladen. Er trat zunächst mit der Behauptung auf, das Feuer sei am Backofen entstanden. Das entsprach aber nicht den Wahrnehmungen der Augenzeugen, indem der Backofen kalt befunden wurde, während die Schlafstube schon ausgebrannt war. Merkwürdig war auch erschienen, daß der Brand des Fußbodens im Schlafzimmer garnicht zu löschen war; er mußte mit Petroleum getränkt gewesen sein. Auch einige brennende Backschiffeln waren gelöscht und hatten auf einmal wieder plötzlich an zu brennen begonnen. Des Angeklagten Frau befand sich in der Nacht des Brandes mit ihrem Kinde in Gisleben bei den Schwiegereltern. An Mehlvorräten sollten nach den ersten Angaben des Angeklagten kurz vor dem Brande vorhanden gewesen sein: 30 Zentner Weizen, 30 Zentner Schrot und 40 Zentner Roggen. Dieses war eine Menge, die der Angeklagte seinem Gelasse nach garnicht unterbringen konnte. Der Angeklagte versuchte heute die That zu leugnen, obwohl er am 21. November ein offenes Geständnis abgelegt und zugegeben, das Feuer durch Anzündung eines Bettes in betrügerischer Absicht angelegt zu haben. Nach eindringlichen Ermahnungen seitens des Vorsitzenden und nach einer außerhalb des Gerichtssaales mit seinem Verteidiger stattgehabten Besprechung ließ sich der Angeklagte zu einem Geständnis herbei. Er erklärte sich dadurch die Vernehmung der Zeugen. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten schuldig der vorsätzlichen Brandstiftung in betrügerischer Absicht, worauf der Staatsanwaltschaft eine Zuchthausstrafe von 5 Jahren nebst 4 Jahren Ehrverlust und Polizeiaufsicht beantragte. Das Urteil lautete auf 3 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht.

— Strafkammer. Der frühere verantwortliche Redakteur des Volksblattes, Genosse Franz Lehmann, war vom hiesigen Schöffengericht wegen Beleidigung mehrerer Polizeisergeanten zu 50 M. Geldstrafe verurteilt worden, wegegen er Berufung eingelegt hatte. Es handelte sich um jenen im Volksblatt geschilderten Vorgang, der sich im August v. J. in der Brunnengasse abgespielt, gelegentlich dessen der Restaurateur Ziehn aus dem Restaurant Landsknecht in Wutkewitz verhaftet wurde. Im Volksblatt war damals gesagt worden, daß die Polizeibeamten sehr wild mit dem Nahmmacher verfahren wären; inwieweit die bezeichnete außerordentliche Nachsicht mit der Thatsache in Verbindung zu bringen sei, daß Ziehn mit den Beamten auf dem Duzfuße stehe, wisse man nicht. Es wurde zwar erwiesen, daß die Polizeibeamten den Ziehn geduzt hatten, aber das Gericht erachtete den Satz trotzdem für strafbar, da die Leser annehmen könnten, Ziehn habe die milde Behandlung dem Duzverhältnisse zu verdanken gehabt. Es wurde demnach auf Verwerfung der Berufung erkannt.

Aus dem Reiche.

Berlin. Bauernfeuerwetter ist unheilbar. Er leidet an Gehirnerweichung. Flora Gaß, die Dirne des hochedlen Hammerkleiers, hat dem Vorwärts intime Briefe zum Kaufe angeboten. Der Vorwärts hat das Anerbieten abgewiesen.

Ulm. Ein streitbarer Pfarrer ist der von Böhringen. Das Gericht zu Rottweil verurteilte ihn zu 30 M. Strafe, weil dieser interessante Seelsorger seinen Hund ohne jede Veranlassung auf ein demokratisches Gemeindemitglied gehetzt hatte.

München. Abschlägig beschieden wurde vom Prinzregenten ein Gnadengesuch zweier Leute, die beim vorjährigen Bismarckradau gepfiffen hatten, als ein Hoch auf den Kaiser ausgebracht wurde und die deshalb zu je 2½ Monaten wegen Kaiserbeleidigung verurteilt worden waren.

Düsseldorf. Der Sohn eines Millionärs wurde wegen Urkundenfälschung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Name dieses Söhnchens wird nicht genannt.

Bamberg. Wegen Kuppelei wurde ein Elternpaar zu je 1 Jahr Zuchthaus verurteilt, weil es duldete, daß die noch nicht ganz 14jährige Tochter Umgang mit einem Manne hatte.

Lübeck. In Dassow ermordete der 72jährige Arbeiter Schröder mit einem Beil seine Ehefrau, während diese den Ofen anheizte. Der Beweggrund ist unaufgeklärt, der Mörder wurde verhaftet.

Chemnitz. Proletarierelend. In Altchemnitz erregte ein aus Waldenburg gebürtiger Former allgemeine Aufmerksamkeit und vielseitiges Mitleid, weil er trotz sichtlicher Anstrengung sich nicht vom Orte zu bewegen vermochte. Der Unglückliche hatte, wie sich herausstellte, auf seiner Wanderschaft beide Füße erfroren. Er fand Aufnahme im städtischen Krankenhause.

Stechau a. Oder. Eine 91jährige Frau ist in Urschkau verbrannt. Das Mütterchen war am Ofen eingeschlummert, ihre Kleider fingen Feuer, und die Aermste verbrannte sich so schwer, daß sie starb.

Vermischtes.

* **Eine Denkmünze** läßt der deutsche Kaiser eigens für diejenigen anfertigen, die zu dem Festessen am 18. Januar als Gäste von ihm geladen worden sind.

* **Aus dem sonnigen Süden.** Berichte aus den Abruzzen und aus Sardinien melden, daß die Verkehrswege und Eisenbahnen infolge starker Schneefälle unterbrochen sind. In der Provinz Sassari sind mehrere Gemeinden vollständig abgeschnitten. Der Schnee erreicht eine Höhe von 2 Metern.

* **Gestreikt** haben die Sesseltränger des Papstes, weil ihnen die übliche Weihnachtsgratifikation von 500 Lire (400 M.) nicht bezahlt worden war. Sie ließen die Sänfte stehen und gingen fort. Als der Papst vom Hauptträger die Ursache des heiteren Streiks erfuhr, versprach er, die Hälfte zu zahlen. Da kamen die Träger wieder und trugen „Se. Heiligkeit“ nach Hause.

Briefkasten der Redaktion.

E. H. Sprechen Sie in der Redaktion vor und bringen Sie das Statut beider Kassen mit.

O. B. Ihre Anfrage ist unklar gehalten. Beleidigt kann der „Kläger“ werden, wenn es sich nicht um eine Privatklage sondern um eine von der Staatsanwaltschaft angestrengte Klage handelt. Lesen Sie Berufung ein.

Bitterfeld. 1. Ob der Bürgermeister persönlich verantwortlich gemacht werden kann für vorgekommene Unregelmäßigkeiten hängt von der Sachlage in jedem einzelnen Falle ab. 2. Allerdings kann er trotzdem als Vertreter der Staatsanwaltschaft die Anklage vertreten. 3. Ist der Verkauf öffentlich, so muß der Betreffende trotzdem den Gewerbeschein lösen. Der Hauswirt hat da nichts zu erlauben.

H. J. Der Kleiderschrank kann gepfändet werden; die Uhr reklamieren Sie.

W. K. Zum einfachen Besitz eines Teschins ist keine polizeiliche Erlaubnis nötig.

Zörbig. Wird verwendet werden.

W. Sch. Dürfen wir das hübsche Kapitalistenstückchen veröffentlichen? Ob die Annonce von Erfolg sein wird, läßt sich im voraus nicht sagen. Versuchen Sie es. Das Angebot ist wesentlich stärker als die Nachfrage.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, den 13. Januar.

Aufgeboten: Der Handarbeiter Georg Wich und Minna Schneegaß (Steg 16). Der Handarbeiter Emil Trier und Minna Blümel (Gerberstraße 3). Der Gerichts-Aktuar Friedrich Herold und Klara Rommel (Erfurt). Der Arbeiter Louis Uhlig und Marie Leonhardt (Dessau und Wöllbergerweg 114). Der Schmied Ferdinand Billed und Elisabeth Sauer (Grafentonna und Metze). Der Salinenbahnaufseher Ernst Schnell und Martha Wolf (Dürrberg und Güsten).

Eheschließung: Der Pfarrer Alfred Funke und Luise Hartmann (Wellingshöhe und Rannischestraße 19).

Geboren: Dem Mühlenbauer August Tanker ein S., Willy August (Brunopsmarte 22). Dem Gerichtsdiener Heinrich Bock ein S. Richard Ewald (großer Sandberg 8). Dem Handarbeiter Friedrich Schröder ein S. Otto Ernst (Thorstraße 26). Dem Schuhmacher Gustav Zessing ein S. Gustav (Thomasiusstraße 5). Dem Brauer Moritz Urphal eine T., Anna Marie Hermine (Thorstraße 34). Dem Eisendreher Ernst Klinge ein S., Willy Theodor (Merrinstraße 22). Dem Schlosser Friedrich Möbius eine T., Mari Anna (Thomasiusstraße 17). Dem Kesselheizer Karl Franke ein S., Willy Karl (Rannischestraße 11). Dem Rechtsanwalt Karl Glimm eine T., Katharina Alice Gertrud (Advokatenweg 11). Dem Maurermeister Alwin Ruprecht ein S. Hans Erich (Bernburgerstraße 19).

Gestorben: Der Lehrer em. Heinrich Schulz, 68 J. (Blücherstraße 3). Des Handarbeiter Max Keller S. Max, 2 M. (Mittelwache 6). Des Schlosser Emil Gebler S. Walther, 1 J. (Unterberg 6). Des Fleischer Robert Zwarg T. Margarethe, 1 J. (Streiberstraße 32). Des Schlosser Karl Eckert, 62 J. (Dachritzstraße 4). Der Handarbeiter Eduard Hoder, 76 J. (Thorstraße 18). Die Witwe Sophie Gräbner geb. Stummer, 80 J. (Spitze 18). Des Schmied Erwin Däumler T. Helene, 4 J. (Klinik).

Trotha, vom 5. bis 11. Januar.

Aufgeboten: Der Fabrikarbeiter Otto Bahst und Marie Brönnne.

Geboren: Dem Kontrollbriefträger Paul Hedler ein S. Dem Bergarbeiter Franz Kahler eine Tochter. Dem Arbeiter August Frömme ein S.

Gestorben: Der Bauunternehmer Hermann Schumann sen. 60 J. 8 M. 11 T. Des Wiegemeister Friedrich Anglisch S., 22 T.

Für die Redaktion verantwortlich: A. Weitzmann in Halle

Stadttheater in Halle.
Mittwoch den 15. Januar 1896.
118. Vorst. 32. Vorst. außer Abonn.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.
Erstes Gastspiel der italienischen Primadonna **Franzeschina Prevosti.**
Traviata
(Violetta).
Oper in 4 Akten von Giuseppe Verdi
Personen:
Violetta Valery . . . F. Prevosti a. G.
Flora Bervoix . . . C. Breithaupt.
Armina, Dienerin von Violetta . . . Frieda Bohusiach
Alfred Germont . . . Sigmund Lunde.
Georg Germont, s. Vater Dr. Alex. Lauppert.
Gaston, Lisomte von Letorieres . . . Arno Faber.
Baron Douphal . . . Karl Lutemann.
Marquis von Obigni . Oskar Schramm
Doktor Grenvil . . . Johann Kanta.
Joseph, Diener von Violetta . . . Cäsar Markgraf
Ein Kommissarius . . Ernst Bedau.
Ein Diener . . . Arthur Runge.
Freunde von Violetta und Flora. Masken.
Ort der Handlung: Paris und seine Umgebung.
Nach dem 2. Akte findet eine längere Pause statt.
Donnerstag den 16. Januar 1896.
119. Vorstell. — 87. Abonnem.-Vorstell.
Farbe: blau.
Die Khuffan.
Trauerspiel in 5 Akten v. F. Grillparzer.

Walhalla-Theater.
Direktion: Richard Lubert.
Die kleine **siebenjährige Melanie** als **Magierin.** (Das neueste „Wunder der Artistenwelt“). Das **Olives-Trio,** mysteriöse Exzentriker. **(Sensationell!)** Die **Boines-Truppe,** Elite-Gymnasiker am rotierenden Original-Apparat. **The Mayos,** exzentrische Bravour-Rollschuhläufer. — Die Gesellschaft **Maizenovic** (acht Damen), Darstellerinnen lebender Wandel-Bilder. — Fräulein **Josefine Arden,** Lieder- und Walzersängerin. Herr **Siegwart Gentes,** Original-Gesangs-Humorist.
Beginn 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.
Eine Singer-Nähmaschine billig zu verkaufen Fleischerstraße 39.

National-Theater.
Dienstag den 14. Januar 1896.
Zum 2. Male:
Zehntausend Mark für eine Lüge.
Posse mit Gesang von F. Kaiser.
Mittwoch den 15. Januar 1896.
Zum 1. Male:
Zum Benefiz für Herrn **Cap. Stolz:**
Zum 1. Male:
Ritter Blaubart.
Operette von Offenbach.
Kassenöffnung 7½ Uhr. Anfang 8 Uhr.

Ernst Voigts Restaurant
Kellnerstraße 7.
Heute Mittwoch
Schlachtefest.
Früh 9 Uhr Wellfleisch.
Abend's fr. Wurst u. Suppe. D. O.
Mittwoch
Schlachtefest.
Naumann, Schwetschkestraße 36.

Wilhelmshöhe
Giebichenstein.
Mittwoch
Schlachtefest.
Wurst a. auch d. Hause.

Garant. Roggenbrot 6 Pfund reines 50 Pf.
empf. **G. Hädicke,** Schwetschkestr. 18

5 Pfd. Brot für **38 ₰** verkauft die Bäckerei
Herm. Eifeld, gr. Wallstraße 2.

Einen Lehrling
i. **Eulenstein,** Bäckermstr., alt. Markt 20.

Feine Leiche u. Glanzplätten nimmt an **Frau Kühne,** Eulenstraße 1. II.

Kronen, Kränze ꝛc. empf. bei Bedarf Frau Kiessler, Giebichenst., Schwetschkeweg 5.

Edle Kanarienhähne u. Weibchen bill. zu verkaufen **Grafenweg 1, p.**

Kinderschuh verloren. Bitte abzugeben **Wörmlitzerstr. 101, p.**

Eine gut eingerichtete **Fleischerei** z. verm. u. 1. April zu bez. Thorstr. 30.

Eine Wohnung (St., K., K. u. Zub.) v. d. Straße, Pr. 153 ℳ, verm. Thorst. 30.

St., K., K. zu vermieten **Saalberg 27.**

Frdl. Wohn. (St., K., K. u. Zub.) im Preise z. 50 Thlr. Ludwigstraße 8.

St., K., K. für 38 Thlr. an einzelne Leute z. 1. April z. verm. Langestr. 29, II.

Wohnungen zu vermieten **Liebenauerstr. 159, p. l.**

2 freundliche Wohnungen zu vermieten z. 1. April zu beziehen Giebichenstein, Hohestraße 18, i. L.

Turmstraße 154 offene Schlafstellen mit Kost. 3 Tr., vornheraus.

Sonnabend den 11. d. M. verschied nach kurzem, schwerem Krankenlager in Nürnberg unser guter, hoffnungsvoller Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Mechaniker

Paul Schmidt

im 19. Lebensjahre.

Unser Schmerz ist groß.

Die trauernden Hinterbliebenen.
Alb. Schmidt u. Frau geb. Callm.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: Aug. Groß. — Druck der Hallschen Genossenschafts-Buchdruckerei (e. G. m. b. H.) Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218960115-10/fragment/page=0004